

Chile: Aufstand im Musterland des Neoliberalismus

Johannes Jäger

Niemand hatte den Aufstand und die Massenproteste, die in Chile im Oktober 2019 begonnen haben, vorhergesehen. So heißt es oft. Dennoch stimmt das nicht ganz. Seit längerem war die soziale Unzufriedenheit mehr und mehr gestiegen. Der Glaube an die Institutionen war tief erschüttert und der scheinbare Glanz des neoliberalen Musterlands war verloren gegangen. Bereits im August 2019 hatten sich mehr als 50 wichtige gewerkschaftliche und zivilgesellschaftliche Institutionen zusammengetan und ein Manifest verabschiedet, das den Unmut und Ärger festhielt. Dies war jedoch in den Massenmedien verschwiegen worden und damit gewissermaßen unsichtbar. Warum kommt es gerade jetzt zu den massiven Protesten? Was können diese bewirken?

Der Hintergrund

Der Aufstand richtet sich gegen die Auswirkungen des neoliberalen Modells. Dieses war durch die Militärdiktatur (1973–1990) als Antwort auf chilenischen Weg zum Sozialismus durchgesetzt worden. Durch die Verfassung von 1980 wird es noch heute abgesichert. Das Modell basiert wesentlich auf extremer Ungleichheit, Ausbeutung und einem Ausverkauf der Naturressourcen. Wenige große Unternehmenskonglomerate dominiert die Wirtschaft des Landes. Kapital und Einkommen sind höchst konzentriert (Fazio 2014). Alternativ zum niedrigen gesetzlichen Mindestlohn gelingt es Gewerkschaften nur in einigen wenigen Sektoren akzeptable Löhne und Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Die in der Verfassung durch die Militärdiktatur festgeschriebenen Regeln des politischen Spiels sind Garant dafür, dass sich daran bis heute nichts Wesentliches geändert hat. Aufgrund des festgelegten Wahlsystems und des Institutionengefüges gab und gibt es immer noch eine Sperrminorität seitens der Besitzenden, welche eine Änderung des Modells und eine nennenswerte Umverteilung in der Praxis verunmöglicht. Ökonomisch erfolgreich war das Modell im Sinne hoher Wachstumsraten erst nach einer tiefen Krise in den 1980er Jahren. Trotz neoliberaler Rhetorik war die Makropolitik in der Folge wesentlich pragmatischer orientiert und auf Stabilität ausgerichtet. Das hohe und relativ stetige Wachstum vom Ende der 1980er Jahre bis zum Einbruch von 2009 basierte auf einer Steigerung der Exporte in Form von nicht oder kaum verarbeiteten Rohstoffen. Die Entwicklung einer Industrie und damit die Erhöhung von Produktivität blieb damit allerdings auf der Strecke. Angesichts des relativ zur Bevölkerung außergewöhnlichen Ressourcenreichtum des Landes war hohes Wirtschaftswachstum dennoch für eine längere Zeit möglich.

Neben einer liberalen Wirtschaftspolitik sind in der Verfassung von 1980 die Form und der Umfang der Sozialpolitik festgelegt. Das Rentensystem ist privatisiert und basiert auf individueller Kapitaldeckung. Krankenversicherungen und weite Teile des

Gesundheitssysteme sind privat organisiert, ebenso der Bildungssektor. Gleichzeitig sind die Regeln im Finanzsystem sehr lax, KonsumentInnenchutz wird systematisch verhindert. In Notsituationen, wie z.B. bei Krankheit, Arbeitslosigkeit, aber auch in alltäglichen Lebenssituationen (die Finanzierung des Studiums, der Wohnung, oder zur Deckung des täglichen Bedarfs) müssen sich viele Menschen verschulden (Matala 2019). Während es für das Studium staatlich verbürgte Kredite gibt, die den Banken einen sicheren Gewinn garantieren, ist Ratenkauf und sogar die Auszahlung von Bargeld auf Kredit im hoch konzentrierten Einzelhandel eine zentrale Stütze des Geschäftsmodells, sind doch die effektiven Zinsen horrend. Die neoliberale Form der Sozialpolitik in Kombination mit niedrigen Löhnen und sehr schwachem Schutz der ArbeitnehmerInnen prägen die Lebensrealität des Großteils der Menschen (Durán/Kremerman 2019). Lange Arbeitszeiten und autoritäre Arbeitsverhältnisse sind an der Tagesordnung. Die Löhne reichen in der Regel nicht bis zum Monatsende. Es geht ums Überleben, nicht ums Leben. Der Glaube an neoliberale Versprechungen sowie die Segnungen eines der Marktlogik unterworfenen Sozialbereichs waren damit seit jeher gering, da diese materiell nicht eingehalten wurden.

Warum gerade jetzt?

Erstens zeigen sich auf struktureller Ebene Erschöpfungstendenzen des auf Ressourcenextraktion basierenden Modells. Die Möglichkeit noch mehr Naturressourcen zu exportieren ist weitgehend ausgereizt. Andererseits stagnieren die Rohstoffpreise. Bereits seit einigen Jahren wird in Chile das Ende eines Super-Zyklus der Commodities breit diskutiert. Im letzten Jahr vor der Krise waren die hohen Immobilienpreise und die Möglichkeit einer Immobilienblase ebenfalls Gegenstand öffentlicher Debatten. Damit waren die Grenzen des Wirtschaftsmodells offensichtlich. Ein alternativerer Entwicklungsweg ist jedoch nicht in Sicht. Vor diesem Hintergrund hat chilenisches Kapital begonnen zunehmend das Land zu verlassen. Die Aussichten auf positive Veränderungen sind entsprechend gedämpft und die Arbeitslosigkeit ist im Steigen.

Zweitens bildeten die allgemeine Unzufriedenheit angesichts der schwierigen Arbeits- und Lebensumstände und fehlende Hoffnung auf Veränderung oder individuelle soziale Aufwärtsmobilität die Voraussetzung für den Aufstand im einst neoliberalen Musterland. Die langanhaltenden Proteste und Streiks der SchülerInnen und StudentInnen ab 2011 haben den Boden für die öffentliche Infragestellung des Modells bereitet und zu gesellschaftlichen Organisationsprozessen beigetragen. Gefordert wurde zunächst vor allem ein Ende des Profitmachens im Bildungssektor. Die Spitzen der Bewegung wurden ins politische System kooptiert und in der Folge wegen fehlender bzw. nur marginaler Reformen deskreditiert. Dadurch wurde das Vertrauen in Veränderungen im Rahmen des etablierten politischen Systems weiter geschwächt. Während der Schatten der Militärdiktatur und damit verbunden die Angst vor einem neuerlichen Putsch in den 1990er und den frühen 2000er Jahren offenen Widerspruch noch weitgehend lähmten, so änderte sich dies mit den jüngeren Generationen, die entsprechend die Diktatur nicht mehr am eigenen Leib erfahren hatten. Die schwindende Angst vor einem Militärputsch lies das Zwangselement neoliberaler Herrschaft weniger bedrohlich erscheinen. Das offensichtliche Unverständnis für die Lebensrealität der Mittel- und

Unterschicht und die gezeigte Verachtung seitens der politischen Klasse im Zuge einiger Aussagen und Vorfälle seitens einiger Regierungsmitglieder brachten das Fass im Oktober zum Überlaufen. Dem Beginn der Massenproteste am 18. Oktober 2019 ist ein kleiner Anlass vorangegangen, die weitere Anhebung der Preise für den öffentlichen Verkehr in der Hauptstadt Santiago de Chile. Die Frustration war zu groß. Das politische und institutionelle System waren völlig delegitimiert. Bereits in den Jahren davor war die Wahlbeteiligung schon deutlich unter 50% gefallen. Insbesondere die ärmeren und marginalisierten Bevölkerungsgruppen hatten den Glauben an staatliche Politik verloren. Die bereits sehr geringe Zustimmungsrates zum rechtskonservativen Präsidenten Piñera, der zu den reichsten Männern des Landes gehört, sank im Zuge der Proteste noch weiter und zwar auf nur 6% (CEP 2020).

Auch wenn sich die Proteste 2019 spontan entfalteten, lagen diesen bereits wichtige mannigfaltige Organisationsprozesse zugrunde, von denen der Zusammenschluss Mesa Unidad Social (2020) aus Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Institutionen eine wichtige Rolle spielte. Überdies war es schon in der ersten Jahreshälfte von 2019 zu neuerlichen, teils gewaltförmigen SchülerInnenprotesten gekommen. Ebenso hatte es seit März eine Welle feministischer Proteste gegeben.

Der Verlauf der Proteste

Während zunächst die öffentliche Infrastruktur in Santiago de Chile durch Brandanschläge auf U-Bahnstationen lahmgelegt wurde, waren in der Folge vor allem sowohl staatliche Institutionen als auch Symbole des Wirtschaftssystems, wie beispielsweise Supermarktketten, Ziel von gewaltförmigen Protesten und auch Plünderungen. Gleichzeitig fanden in allen großen Städten Chiles friedliche Massenproteste statt, und dies teils täglich über mehrere Monate hinweg. Die Proteste waren massiv und wurden von einer überwältigenden Mehrheit getragen und unterstützt (CEP 2020). Die DemonstrantInnen wendeten sich nicht direkt gegen die Kapitalseite oder gegen die obere Mittelschicht. Auch gab es keinerlei Misstöne gegenüber ArbeitsmigrantInnen die in den letzten Jahren in großer Zahl ins Land gekommen waren. Seitens der Polizei wurden die Proteste regelmäßig unterdrückt und es kam zu systematischem Einsatz von Gewalt, insbesondere gegen friedliche DemonstrantInnen (Informe Naciones Unidas Derechos Humanos 2019), während PlünderInnen oft freie Hand gelassen wurde. Zahlreiche Menschen sind durch Polizeigewalt gestorben, viele haben durch Gummigeschosse ihr Augenlicht verloren. Auffällig bei den Protesten war, dass sich diese vor allem in den Zentren der Städte und den ärmeren Vierteln abspielten. Die wohlhabenderen Teile der Hauptstadt waren nicht betroffen bzw. wurden Protestierende mit massiver Polizeigewalt erfolgreich daran gehindert, etwa zum symbolträchtigen Einkaufszentrum im reichen Teil der Stadt vorzudringen.

Die politische Führung des Landes war angesichts der plötzlich ausbrechenden Massenproteste ratlos. Aus ihrer Sicht war im Land ja alles in Ordnung. Chile ja ein Musterland. Angesichts der massiven Proteste und der zum Teil gegen Infrastruktur gerichteten Gewalt wurde zunächst der Ausnahmezustand mit Ausgangssperre am Abend verhängt. Das Militär kam auf die Straßen zurück um die Ordnung zu sichern, zeigte jedoch wenig Enthusiasmus. In der Folge wurden im Eilverfahren zahlreiche Gesetze beschlos-

sen, die den Forderungen der Menschen zum Teil entgegenkamen. Es wurde angekündigt, Mindestlöhne durch staatliche Subventionierung zu erhöhen. Ebenso sollten die staatlichen Pensionssubventionen angehoben werden. Auch kam es zu einer Rücknahme der Preiserhöhung für den öffentlichen Verkehr. Diese Maßnahmen bedeuten jedoch keinen Bruch mit dem neoliberalen sozialpolitischen Modell, sondern federn dieses nur geringfügig ab. Entsprechend gingen die Proteste weiter, und zwar jeden Tag. Die Militärs, die offensichtlich Schwierigkeiten hatten ihre Rolle zu finden, kehrten nach zirka einer Woche wieder in die Kasernen zurück. Im Zuge eines von der Mesa de Unidad Social ausgerufenen Generalstreiks am 12. November schien die Regierung neuerlich auf Eskalation zu setzen. Während friedliche DemonstrantInnen attackiert wurden, waren im Fernsehen Bilder von PlünderInnen und BrandstifterInnen zu sehen, die über Stunden unbehelligt von den Sicherheitskräften blieben. Presseberichten zufolge (Interferencia 2019) stand neuerlich die Rückkehr der Militärs zur Debatte. Diese wollten jedoch ohne weitreichende Garantien, die sie vor möglicher späterer Strafverfolgung schützen würden, nicht zur Verfügung stehen. In der Folge kam es daher zu einer Ausweitung repressiver polizeilicher Maßnahmen. Gleichzeitig wurden vor allem in den sozialen Medien und zum Teil auch im Fernsehen die systematische Gewalt und die Menschenrechtsverletzungen durch die Polizei thematisiert. Dies bildete ein gewisses Korrektiv. In der Folge wurde der Weg zu einer versuchten größeren politischen Lösung eingeschlagen. Die Demonstrierenden hatten als einen der zentralen Punkte eine Änderung der Verfassung gefordert. Dem wurde im Dezember 2019 nachgekommen, indem sich das Parlament auf einen Fahrplan zu einer neuen Verfassung einigte. Der Prozess ist auf zwei Jahre ausgelegt. Man spielt damit auf Zeit und hofft wohl auf eine Schwächung der Bewegung und ein Erlahmen der Proteste. Der Weg zu einer neuen Verfassung beinhaltet allerdings Regeln, die eine Sperrminorität von nur 30% und eine wesentliche Rolle für die etablierten Parteien vorsehen. Damit sollte es dem rechten Lager jedenfalls gelingen, weitreichende Veränderungen zu verhindern. Diese Regeln wurden daher seitens eines großen Teils der Bevölkerung mit erheblicher Skepsis betrachtet. Die Proteste gingen daher weiter. Nachdem Teile der Linken, namentlich Mitglieder der Frente Amplio und der Sozialistischen Partei, diesen Prozess zur Verfassung unterstützt hatten, ist diese noch stärker delegitimiert und innerlich tief zerrissen.

Wie weiter?

Es fällt auf, dass es bislang keiner etablierten politischen Partei gelungen ist, die Massenbewegung oder relevanter Teile von ihr zu organisieren oder auch zu vereinnahmen. Zu delegitimiert sind das politische System und die bestehenden Institutionen. Trotz der Versuche die Proteste zu koordinieren und Räte zu etablieren, handelt es mit Ausnahme der Unidad Mesa Social, die mittlerweile mehr als 150 Organisationen umfasst, gewissermaßen um eine Revolte „ohne Kopf“. Dies macht die Bewegung stark und schwer kontrollierbar. Gleichzeitig ist die fehlende parteipolitische Struktur jedoch auch eine zentrale Schwäche, die die Umsetzung politischer Änderungen erschwert, da ein Protagonist für die Umsetzung der Forderungen fehlt. Der bekannte chilenische Historiker Gabriel Salazar (2020) hofft darauf, dass die Bewegung in eine effektive Selbst-

organisation der Massen in Form von Räten jenseits des etablierten politischen Systems mündet und damit revolutionär die Grundlagen für ein neues Wirtschafts- und Gesellschaftssystem geschaffen werden. Trotz zahlreicher Räteversammlungen, oft unterstützt seitens der Gemeinden, ist es jedoch fraglich, ob dieses Szenario tatsächlich eintreten wird. Viel wahrscheinlicher ist in näherer Zukunft eine weitere Erschöpfung der Proteste und eine passive Revolution im Sinne Antonio Gramscis. Die Veränderung einiger Elemente, damit die Grundstruktur nicht wesentlich geändert werden muss. Die bislang etablierten und versprochenen Reformen stellen die Mehrheit der Bevölkerung jedoch nicht zufrieden. Die Wut und die Unzufriedenheit sitzen tief. Während ein leichtes Abflachens der Proteste in den Sommerferien (Jänner, Februar 2020) erfolgt ist, wird erwartet, dass sich die Proteste zumindest mittelfristig wieder verstärken. Die politische Klasse wirkt angesichts des Aufstands nach wie vor überfordert. Das ökonomische Establishment scheint bislang allerdings davon auszugehen, dass es zu keinen grundlegenden Veränderungen kommen wird. Einerseits deuten darauf die bislang nur relativ geringen Rückgänge bei den Aktienpreisen und Vermögenswerten hin. Andererseits geht man wohl aber auch davon aus, dass für den Fall, dass es tatsächlich zu einem substanziellen Angriff auf die Verteilungs- und Klassenstruktur kommt, notfalls doch wieder das Militär bereitstünde. Wirtschaftlich ist mit einem weiteren Rückgang des Wachstums und in der Folge mit einer Krise zu rechnen. Und dies trotz der expansiven Wirkungen der zur Beruhigung der Massen beschlossenen Ausgabenerhöhungen. Damit könnte sich die Lage weiter zuspitzen. Der aktuelle Aufstand in Chile steht in der langen Tradition von Widerstand, Aufständen und Protesten (Salazar 2006), ist jedoch vergleichsweise massiv. Er zeigt die Unmöglichkeit einer (neoliberalen) Hegemonie in peripheren Ländern. Staatsgewalt und Zwangselemente spielen damit eine zentrale Rolle in der Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft.

Literatur

- CEP (2020): Estudio Nacional de Opinión. Publica. Diciembre 2019. https://www.cepchile.cl/cep/site/docs/20200116/20200116081636/encuestacep_diciembre2019.pdf
- Durán, Gonzalo/Kremerman, Marco (2019): Los Verdaderos Sueldos de Chile. Estudios de la Fundación Sol.
- Fazio, Hugo (2014): El mundo del 1%, 0.1% y 0.01%. Santiago de Chile: Editorial USACH.
- Interferencia (2019): FFAA. se niegan a nuevo Estado de Emergencia, obligando a Piñera a recurrir a policías retirados para agenda de seguridad <https://interferencia.cl/articulos/ffaa-se-niegan-nuevo-estado-de-emergencia-obligando-pinera-recurrir-policias-retirados>
- Matamala, Daniel (2019): La ciudad de la furia. Santiago de Chile: Catalonia.
- Mesa de Unidad Social (2020): <https://unidadsocial.cl/manifiesto-unidad-social-2/>
- Salazar, Gabriel (2006): La violencia política popular en las Grandes Alamedas. La violencia en Chile 1947-1987 (Una perspectiva histórico popular). Santiago de Chile. Lom.
- Salazar, Gabriel (2020): Tenemos que eliminar ya esta clase política. <https://interferencia.cl/articulos/gabriel-salazar-tenemos-que-eliminar-ya-esta-clase-politica>